

APD INFORMATIONEN

DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Adventist Press Service
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

1/2008
Januar 2008
25. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Deutschland	Theologische Hochschule Friedensau plant neuen Studiengang	Seite 1
	Sabbat-Gerichtsurteil zugunsten von Adventisten rechtskräftig	Seite 2
	Das Seelsorgegeheimnis muss geschützt bleiben	Seite 3
	„Andere so behandeln, wie auch wir behandelt werden wollen“	Seite 3
	Blindenhörbücherei mit 3.432 Sehbehinderten	Seite 4
	Adventistische Blindenhörbücherei nutzt moderne Technik	Seite 5
	„Allein schaffe ich es nicht“ – Musikalischer Bilderbogen	Seite 7
	ACK Deutschland 60 Jahre alt	Seite 8
	100 Jahre Gebetswoche für die Einheit der Christen	Seite 9
	Umfrage: Bevölkerung gegen embryonale Stammzellenforschung	Seite 10
	Konfessionskundliches Institut kehrt an Ursprungsort zurück	Seite 11
	Arbeitsverweigerung am Sonntag führt nicht zwangsläufig zur Kündigung	Seite 12
	Aus „Kriegsruf“ wurde „Heilsarmee-Magazin“	Seite 13
Christliche Publizisten zeichnen EKD-Ratsvorsitzenden aus	Seite 13	
International	Adventisten rufen zur Versöhnung in Kenia auf	Seite 14
	Verfeindete Stämme wollen Regierung ihre Waffen verkaufen	Seite 14
	Wächter bei Einbruch in adventistisches Hilfswerk getötet	Seite 15
	Adventist Richter am Internationalen Strafgerichtshof	Seite 16
	Gewissenskonflikt für Adventisten und Juden in Nevada	Seite 16
	Grundrecht der Militärdienstverweigerung in Europa garantiert	Seite 17
ADRA	Schutz der Umwelt durch Brunnen, Strohhallenhäuser und Latrinen	Seite 18
	Hilfe für von Unruhen betroffene Kenianer	Seite 20
	Zelte für Notaufnahmelager in Mosambik	Seite 20
Rundfunk	Wieder Radio-Live-Sendungen bei der „Stimme der Hoffnung“	Seite 20

Impressum:

Der Adventistische Pressedienst (APD) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Heidelberger Landstraße 24, 64297 Darmstadt
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon (0711) 4 48 19-14, Telefax (0711) 4 48 19-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Dr. Wolfgang Tulaszewski (stellvertretend), Martin Glaser, Erich Lischek, Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: Grindeldruck GmbH, Grindelberg 13-17, 20144 Hamburg
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 136, CH - 4003 Basel
Telefon (+41 [0] 61) 261 61 15, Telefax (+41 [0] 61) 261 61 18
E-Mail: APD@stanet.ch
Christian B. Schäffler (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland 20904-6600, USA
Telefon (+1 301) 680 6306, Telefax (+1 301) 680 6312
E-Mail: adventistnews@gc.adventist.org
Ray Dabrowski (verantwortlich)
- APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Alle Texte können veröffentlicht werden. Bei Veröffentlichung der Texte bitten wir um Quellenangabe „APD“ und um Belegexemplar.

Konten:	Postbank Stuttgart	Konto Nr. 171 19-707	(BLZ 600 100 70)
	Stuttgarter Bank	Konto Nr. 227 385 004	(BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 15,4 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 203 Staaten der Erde. In Deutschland sind 36.000 Mitglieder in 572 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

Deutschland

Theologische Hochschule Friedensau plant neuen Studiengang

Friedensau bei Magdeburg, 29.01.2008/APD Die Theologische Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg will ab Oktober 2008 einen neuen Studiengang anbieten, der mit dem Master of Theological Studies (M.T.S.) abschließt. Wie Dr. Stefan Höschele, Dozent für Systematische Theologie, in der Hochschulzeitschrift „Dialog“ mitteilte, hätte der englischsprachige Studiengang vor allem ausländische Studierende als Zielgruppe.

Der M.T.S., für den das Akkreditierungsverfahren bereits begonnen habe, sei ein akademisches Weiterbildungsprogramm. Es richte sich an Personen, die bereits einen ersten Hochschulabschluss erreicht hätten und mindestens ein Jahr Berufspraxis vorweisen könnten. Nach zwei Jahren Studium in Friedensau sei die Erlangung des M.T.S. möglich, der den Weg zur Promotion eröffne. Der Studiengang könne auch berufsbegleitend in vier Jahren absolviert werden. Dazu müssten zweimal jährlich dreiwöchige Intensivvorlesungen in Friedensau besucht und die sonstigen Studienleistungen zu Hause erbracht werden. Als Studiengangsleiter sei Dr. Rölf Pöhler, Dozent für Systematische Theologie, beauftragt worden.

Beim Studiengang bestehe, laut Höschele, die Wahl zwischen „Adventist Studies“ und „Mission Studies“. Das Erstere bedeute eine intensive Auseinandersetzung mit adventistischer Theologie und Geschichte sowie der Entwicklung adventistischer Ethik und Lehren. Beim Schwerpunkt „Mission Studies“ gehe es um vertiefte Studien zur Geschichte und Theologie christlicher Mission, um Fragen gegenseitiger kultureller Beeinflussung (Inkulturation) und Kulturanthropologie sowie um religionswissenschaftliche und religionssoziologische Themenfelder.

Zu den beiden Schwerpunkten, die jeweils etwa die Hälfte des Studienganges ausmachten, kämen allgemeine theologische Studien aus den Bereichen Bibelwissenschaften, Kirchengeschichte und Systematische Theologie. Dadurch seien die Dozenten des gesamten Fachbereichs Theologie an der Vorbereitung und Durchführung des M.T.S. beteiligt. Dazu komme ein Wahlbereich, in dem auch Kurse aus dem englischsprachigen Angebot des Fachbereichs Christliches Sozialwesens belegt werden könnten.

„Der M.T.S. wird für viele Berufsgruppen von Interesse sein, beispielsweise für Lehrer, Hochschullehrer, Pastoren, kulturübergreifend Tätige, Verantwortliche in der interna-

tionalen Entwicklungszusammenarbeit und Mitarbeiter in Kirchenleitungen“, schreibt Höschele im „Dialog“. Von dem neuen Studiengang erhoffe sich die Hochschule neue Studenten aus aller Welt, die ohne Sprachbarrieren von den vielen Vorzügen eines Studiums in Deutschland und speziell in Friedensau profitieren wollten. Weitere Informationen sind im Internet unter www.thh-friedensau.de/mts zu finden.

Die 1899 gegründete Theologische Hochschule Friedensau umfasst die beiden Fachbereiche Sozialwesen und Theologie mit insgesamt elf wissenschaftlichen Instituten. Derzeit haben sich an der Hochschule 151 Studenten aus 29 Ländern eingeschrieben. Sie können die staatlich anerkannten akademischen Grade Bachelor und Master of Arts in Theology (Theologie), Bachelor und Master of Arts in Social Work (Soziale Arbeit), Master of Arts in Counseling (Beratungswissenschaften) sowie Master of Arts in International Social Sciences (Internationale Sozialwissenschaften) erlangen. Außerdem sind ein voruniversitäres Studium in Kirchenmusik sowie Deutsch als Fremdsprache mit den Abschlüssen „Zertifikat Deutsch“ (ZD) des Goethe-Instituts und „TestDaF“ für den Hochschulzugang möglich.

(3.134 Zeichen)

Sabbat-Gerichtsurteil zugunsten von Adventisten rechtskräftig

Nürnberg, 29.01.2008/APD Im März 2007 hat das Arbeitsgericht Nürnberg zwei Siebenten-Tags-Adventisten Recht gegeben, die ihre Arbeit am Sabbat verweigerten (Aktenzeichen: 7 Ca 8056/06 W und 7 Ca 8510/06 W). Wie erst jetzt bekannt wurde, nahm der Arbeitgeber seine Berufung gegen das Urteil zurück, so dass es rechtskräftig ist. Eine bereits für Februar 2008 anberaumte Verhandlung beim Landesarbeitsgericht Nürnberg ist damit hinfällig.

Die beiden Arbeitnehmer feiern nach der Bibel den Sabbat von Freitagabend bis Samstagabend, jeweils bei Sonnenuntergang, als Ruhetag. Sie arbeiten bei einer Firma, die nur bei überdurchschnittlicher Auslastung am Freitag eine Spätschicht und eventuell am Samstag eine weitere Schicht ansetzt. Die Kesselschweißer informierten ihren Arbeitgeber, dass sie aus Gewissensgründen an ihrem Sabbat keiner Arbeit nachgehen könnten. Eine Verringerung der Arbeitszeit auf 85 Prozent, um dem Problem aus dem Weg zu gehen, lehnte die Firma ab. Im Mai, August und Oktober 2006 wurden beide Adventisten jeweils am Freitag zu einer Spätschicht eingeteilt. Sie stellten aber bei Sonnenuntergang das Schweißen ein und verließen unerlaubt ihren Arbeitsplatz. Nach zwei Abmahnungen wurden sie bei der dritten Arbeitsverweigerung entlassen. Sie verklagten ihren Arbeitgeber auf Wiedereinstellung.

Das Arbeitsgericht Nürnberg sah die Klage der Arbeitnehmer als begründet an und verwies auf das Urteil des Landesarbeitsgerichts Schleswig-Holstein vom 22. Juni 2005 in einem vergleichbaren Fall eines Siebenten-Tags-Adventisten (Aktenzeichen: 4 Sa 120/05), das vom Bundesarbeitsgericht mit Beschluss vom 10. November 2005 bestätigt wurde (Aktenzeichen: 2 AZN 752/05). Außerdem führte der Richter aus, dass zur Glaubensfreiheit nach Artikel 4 Absatz 1 Grundgesetz auch das Recht des Einzelnen gehöre, sein Verhalten an den Lehren seines Glaubens auszurichten und seiner inneren Glaubensüberzeugung gemäß zu leben. Das Grundrecht überlasse es dem Einzelnen, welche religiösen Symbole er anerkenne und verwende. Für eine zulässige Berufung auf Artikel 4 Grundgesetz „kommt es nur darauf an, dass es überhaupt von einer wirklichen religiösen Überzeugung getragen und nicht anders motiviert ist“.

Der Arbeitgeber legte zwar gegen das Urteil Berufung ein, war aber bereit, die beiden Kesselschweißer bis zu einer endgültigen gerichtlichen Entscheidung weiter in der Firma bei arbeitsfreiem Sabbat zu beschäftigen. Zwei Tage vor Weihnachten bot der Arbeitgeber den beiden Adventisten einen geänderten Arbeitsvertrag an. Danach brauchen sie am Freitagabend und am Samstag nicht mehr zu arbeiten. (2.299 Zeichen)

Das Seelsorgegeheimnis muss geschützt bleiben

Ostfildern bei Stuttgart, 29.01.2008/APD Gegen Überlegungen des Bundesinnenministeriums, künftig auch Geistliche durch das Bundeskriminalamt (BKA) präventiv abhören zu lassen, hat sich der Vorsitzende der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Pastor Günther Machel (Ostfildern), gewandt. Es sei völlig indiskutabel, das Seelsorgegeheimnis zur Disposition zu stellen. Menschen würden sich einem Seelsorger nur dann anvertrauen, wenn sie die Gewissheit der absoluten Verschwiegenheit hätten. „Zu wem soll jemand mit seinen Problemen noch kommen, wenn der die Befürchtung haben muss, dass das Bundeskriminalamt auch bei Geistlichen mithört?“, fragte Machel. „Ganz gleich, was ein Mensch angestellt hat, er benötigt eine Vertrauensperson, der er sein Herz ausschütten kann, um Rat und Hilfe zu bekommen.“ Dazu müsse aber das Seelsorgegeheimnis vom Staat auch künftig geschützt werden. „Es gab bereits in der Vergangenheit mehrfach Bestrebungen, in das Beichtgeheimnis einzugreifen, doch die hat das Bundesverfassungsgericht stets verhindert.“ (963 Zeichen)

„Andere so behandeln, wie auch wir behandelt werden wollen“

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 29.01.2008/APD „Als Christen sind wir unterwegs und warten zuversichtlich auf die Wiederkunft Christi“, hob der Präsident des Süddeutschen Verbandes der Siebenten-Tags-Adventisten, Pastor Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), am 21. Januar während eines Gottesdienstes im adventistischen Medienzentrum

„Stimme der Hoffnung“ in Alsbach-Hähnlein hervor. Allerdings wisse niemand, wann dieses Ereignis stattfinde. Schon die ersten Christen hätten geglaubt, dass der Tag des Kommens Jesu „nahe“ sei. Doch wie lange dauere es noch, „bis der große, angekündigte Tag anbricht“? Der Präsident des Norddeutschen Verbandes der Freikirche, Pastor Klaus van Treeck (Hannover), ergänzte in der Predigt, die beide Geistliche gemeinsam hielten: „Wie kann der Glaube angesichts der langen Wartezeit lebendig bleiben?“ In ihr stand das Jahresmotto 2008 der Siebenten-Tags-Adventisten im Mittelpunkt, das dem Bibelwort aus Hebräer 10,23 entnommen ist: „Lasst uns festhalten an dem Bekenntnis der Hoffnung!“ Der Gottesdienst wurde in über 300 adventistische Gemeinden Deutschlands per Satellit übertragen.

In seinem Gleichnis vom Weltende mache Jesus deutlich, dass die Naherwartung seiner Wiederkunft in einer engen Beziehung zur Liebe und damit auch zu guten Werken stehe, betonte Machel. Dazu gehöre, dass man sich zusammensetze, aufeinander höre, gemeinsam Zweifel aushalte und Fragen bedenke. Unterschiedliche Sichtweisen seien Teil unseres Menschseins. Sie dürften aber nicht zur Zersplitterung führen. Nur jeweils eine Seite zu betonen, würde den Glauben auf eine schiefe Ebene bringen. Christen seien herausgefordert, immer wieder die Balance beider Seiten zu suchen. „Manchmal fällt es uns schwer zu akzeptieren, dass wir uns als weltweite Glaubensgemeinschaft nicht in allen theologischen Fragen und in Fragen des Lebensstils einig sind“, gab van Treeck zu bedenken. Mancher wünsche sich, dass die Freikirchenleitung Regelungen für alle Glaubens- und Lebensbereiche aufstelle. Doch das sei keine Lösung. „Ohne Liebe zueinander werden wir uns auch auf theologischer Ebene nie einig werden können.“ Die Hoffnung auf die Wiederkunft Jesu bleibe nur dann lebendig, wenn „wir andere so behandeln, wie auch wir behandelt werden wollen“.

(2.000 Zeichen)

Blindenhörbücherei betreut 3.432 Sehbehinderte

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 29.01.2008/APD Rund 42.300 Tonbandkassetten und 12.700 CDs, etwa 6.000 mehr als 2006, hat die Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“, Alsbach-Hähnlein, als Einrichtung der Siebenten-Tags-Adventisten an 3.432 Sehbehinderte im vergangenen Jahr versandt. Laut Hörbüchereileiter Pastor Andre Thäder sank die Zahl der mit Tonträgern belieferten Interessenten um 42. Regelmäßig werden zehn Zeitschriften und 394 Buchtitel auf Kasette und CD ausgeliehen. Ungeachtet der Zugehörigkeit zu einer Kirche oder einem Blindenverein kann jeder Sehbehinderte oder Blinde die gewünschte Literatur kostenlos beziehen. Auch im Vorjahr führte die seit über 40 Jahren bestehende Hörbücherei ihre alljährliche Blindenfreizeit in Hermannsburg/Lüneburger Heide mit 17 Teilnehmern und acht Betreuern durch. Die diesjährige Freizeit findet vom 20. Juni bis 4. Juli in Landschlacht/Schweiz am Bodensee statt.

Die Blindenhörbücherei arbeitet mit einer Voll- und einer Teilzeitkraft. Zwei Kriegsdienstverweigerer kümmern sich um das Kopieren und den Versand der Kassetten und CDs. Zwei Aushilfskräfte lesen Zeitschriften und Bücher. Bücher werden auf CDs im MP3-Format umgestellt. Bei den Zeitschriften ist ein schrittweiser Umstieg von Kassete auf DAISY-CD geplant. DAISY bedeutet „Digital Accessible Information System“ (Digitales System für den Zugang zu Informationen) und ist ein vorwiegend für Blinde und Sehbehinderte entwickeltes Hilfsmittel. Die Hörbücherei kopiert und versendet auch die alle zwei Monate erscheinende Info-Kassette des Hessischen Blindenbundes. Ein Katalog mit allen Angeboten kann bei der Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“, Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein, Telefon (06257) 506 53-35, Telefax (06257) 506 53-84, E-Mail: andre.thaeder@stimme-der-hoffnung.de, angefordert werden. Anfragen sind auch in Braille-Schrift möglich. (1.688 Zeichen)

Adventistische Blindenhörbücherei nutzt moderne Technik

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 29.01.2008/APD Seit 2002 gehört zur Dienstleistung der Blindenhörbücherei des adventistischen Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ in Alsbach-Hähnlein die alle zwei Monate erscheinende Informationskassette „Hessen-Echo“ der hessischen Landesstelle des Blinden und Sehbehindertenbundes (BSBH), Frankfurt/Main. Sie wird zur Zeit an etwa 1.200 Mitglieder des BSBH gesandt. Nun soll die fortgeschrittene Entwicklung der Technik genutzt werden. Voraussichtlich wird ab April 2008 ein Teil des „Hessen-Echo“ auf CDs im DAISY-Format versandt. DAISY bedeutet „Digital Accessible Information System“ (Digitales System für den Zugang zu Informationen) und ist ein vorwiegend für Blinde und Sehbehinderte entwickeltes Hilfsmittel. Es erleichtert den Hörern beispielsweise das Finden von Kapiteln und ermöglicht auch das Blättern in einem Buch oder einer Zeitschrift.

Zusätzlich zu den Kassetten für die Landesstelle des BSBH wird seit vielen Jahren auch die vierteljährliche Hörzeitung „Gemeinsam“ der BSBH-Bezirksgruppe Darmstadt/Südhessen sowie im Auftrag der Stadt Darmstadt die wöchentliche Informationskassette „Darmstadt aktuell“ in der Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“ kopiert und an die Hörer verschickt. Auch bei diesen Abonnements ist mittelfristig eine schrittweise Umstellung auf CDs im DAISY-Format geplant.

Laut Pastor Andre Thäder, dem Leiter der Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“, werde es ab 2010 in den deutschsprachigen Blindenhörbüchereien nur noch DAISY-Bücher geben. Die jeweiligen Blindenverbände begleiten die Blinden und Sehbehinderten bei dieser Umstellung. Auch bei der adventistischen Blindenhörbücherei sind durch diese

Entwicklung in den nächsten Jahren Investitionen nötig, für die Spendengelder gebraucht werden. (1.614 Zeichen)

Marienhöher Mediothek fertiggestellt

Darmstadt, 29.01.2008/APD Die Bibliothek des adventistischen Schulzentrums Marienhöhe Darmstadt mit Gymnasium, Kolleg und Realschule wurde zur Mediothek umgestaltet. Sie umfasst acht PC-, zwei OPAC- (Online-Katalog) und 24 weitere Arbeitsplätze. Eine Lesetreppe und ein gemütliches Sofa geben den neu gestalteten Räumlichkeiten ein modernes, einladendes Erscheinungsbild. Die Mediothek umfasst 15.000 Bücher, CDs und DVDs. Das Schulzentrum Marienhöhe wird von rund 730 Schülerinnen und Schülern besucht. (475 Zeichen)

„Adventisten auf einen Blick“

Ostfildern bei Stuttgart, 29.01.2008/APD Die für das Jahr 2008 erschienene Kurzinformation „Siebenten-Tags-Adventisten – Auf einen Blick“ enthält neben Angaben über Glaube, Herkunft und Lebensstil ihrer Mitglieder die wichtigsten statistischen Zahlen und Erläuterungen zu den umfangreichen Aktivitäten der weltweiten evangelischen Freikirche. In der Rubrik „Fakten“ sind mit Stand vom 1. Januar 2007 insgesamt 15.115.806 erwachsen getaufte Gemeindeglieder in 203 Ländern bei einer jährlichen Zuwachsrate von 4,9 Prozent beziehungsweise 716.734 neuen Mitgliedern innerhalb von zwölf Monaten verzeichnet. Die Adventisten unterhalten weltweit 7.284 Schulen und Hochschulen, 610 Krankenhäuser und Kliniken sowie 172 Alten-, Kinder- und Waisenheime. Die „Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe“ (ADRA) arbeitet derzeit in 111 Ländern. Ihre Projekte kamen 2006 über 36,2 Millionen Menschen zugute. Das Faltblatt kann kostenlos bei der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, Presse- und Informationsstelle, Postfach 42 60, 73745 Ostfildern, Telefon (0711) 4 48 19 38, Telefax (0711) 4 48 19 60, E-Mail info@adventisten.de, bezogen werden. In Deutschland zählt die evangelische Freikirche 36.000, in der Schweiz 4.400 und in Österreich 3.800 erwachsen getaufte Mitglieder. (1.143 Zeichen)

(Hinweis der Redaktion: Dieser Ausgabe der APD-INFORMATIONEN liegt ein Exemplar des Faltblattes „Siebenten-Tags-Adventisten – Auf einen Blick 2008“ bei.)

Lesung aus dem Großen Gesang des Jizchak Katzenelson

Friedensau bei Magdeburg, 29.01.2008/APD In der Bibliothek der Theologischen Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg fand zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar eine Lesung aus dem „Großen Gesang vom ausgeroteten jüdischen Volk“ statt. Er entstand inmitten von Deportation und Vernichtung durch den jüdischen Augenzeugen Jizchak Katzenelson.

Das im Januar 1944 fertig gestellte Manuskript mit 225 Versen vergrub der Autor, verpackt in drei Flaschen, unter einem Baum im Sonderlager Vittel. Eine handschriftliche Kopie wurde in einem Koffergriff nach Israel geschmuggelt. Beide Exemplare blieben erhalten. Katzenelson selbst wurde kurze Zeit später nach Auschwitz deportiert und ermordet. Sein Werk, das 1945 in Israel erschien und 1994 von Wolf Biermann ins Deutsche übertragen wurde, bezeugt in erschütternder Klarheit und packender Sprachgewaltigkeit die Ausweglosigkeit der vor der Auslöschung stehenden jüdischen Bevölkerung.

Die von Rinaldo Chiriac und Dietmar Päschel gestaltete Lesung erinnerte an den Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Der 27. Januar ist seit 1996 ein nationaler Tag des Erinnerns an die Opfer des Nationalsozialismus, 2005 erklärten ihn die Vereinten Nationen zum internationalen Gedenktag. (1.148 Zeichen)

„Allein schaffe ich es nicht“

Musikalischer Bilderbogen mit Wendy Engelmann

Nürnberg, 29.01.2008/APD „One Thing“ heißt die erste CD der adventistischen Liedermacherin Wendy Engelmann, die vor kurzem in Deutschland herauskam. In zehn Liedern besingt die 29-jährige gebürtige Puerto-Ricanerin auf Englisch und Deutsch ihr erfülltes Leben mit Gott. Für die Frau eines adventistischen, deutschen Pastors ist Gott eine Zufluchtsstätte (Oasis). „In dir finde ich Ruhe, die Welt brachte mir nur Leere, allein schaffe ich es nicht.“ Die Wahnürnbergerin lässt Gott trotz Sturm und Konflikten sagen: „Ich bin alles, was du brauchst. Öffne deine Augen“ (May be a Storm). In den Psalmen folgt sie den Spuren Davids (I have Faith in You): „Gott hilf mir, darum glaube ich an ihn, ich will an ihm festhalten, ja wie er einmal sein.“ In dem Song „You are mine“ weist die Altistin darauf hin, dass alle Menschen Gottes Kinder seien und er daher einen Anspruch auf sie habe. In der schlichten Weise „So I'll Go“ (Deshalb will ich gehen, Herr, sende mich) erinnert die Sängerin daran, wie wichtig für den Christen der Dienst am Mitmenschen sei.

Wendy wird von einem Instrumentalensemble begleitet, dem Benny Koldinsky (Klavier), Mira Engelmann (Querflöte), Damir Mitrov (Gitarre), Ben Bornowski (Djembe/Trommel) und Elena Seiler (Gesang) angehören. Die Liedermacherin wurde 1978 in Humacao geboren, pendelte mit ihren Eltern und sechs Geschwistern ständig zwischen Puerto Rico und zahlreichen Bundesstaaten der USA, studierte an mehreren heimischen und amerikanischen Universitäten Gesang sowie Gitarre und erhielt von ihrer Mutter Klavierunterricht. Schon als Teenager begann sie lustige Kinderlieder zu schreiben. Im US-Staat Maryland machte sie ihren Bachelor of Arts in Theology und übernahm kirchliche Aufgaben im Jugendbereich. 2006 heiratete sie ihren Mann Marc in Bad Kreuznach, den sie in Michi-

gan kennengelernt hatte. Bisher hat Wendy über 20 religiöse Lieder getextet und komponiert. (1.683 Zeichen)

ACK Deutschland 60 Jahre alt

Mainz, 29.01.2008/APD „Wie eng die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) mit ihren Mitgliedskirchen verbunden ist, zeigt, dass sie teilhat an der Finanzmisere der Kirchen. Es geht der ACK finanziell und personell so schlecht wie noch nie.“ Mit diesen Worten leitete Professor Dr. Jörg Urban (Paderborn) in Mainz seinen Festvortrag zum 60-jährigen Jubiläum der ACK Deutschland ein. Die bilaterale Ökumene zwischen der katholischen Kirche und den evangelischen Kirchen funktioniere in Deutschland auf Orts- und Kirchenleitungsebene. Warum sei dann noch die ACK notwendig, fragte Urban. In Deutschland gebe es nicht nur die beiden großen Kirchen, sondern auch das Erbe der orthodoxen und altorientalischen Kirchen sowie die Freikirchen. So wichtig bilaterale Gespräche auch seien, es gehe um das Miteinander aller Kirchen. Dazu bedürfe es der ACK.

In den vergangenen 60 Jahren habe sich das Miteinander der Kirchen in Deutschland so verfestigt, „wie es niemand bei der Gründung der ACK vermuten konnte“ hob die Geschäftsführerin der ACK Deutschland, Pfarrerin Barbara Rudolph (Frankfurt/Main), hervor. Dennoch falle bei aller Freude über das Jubiläum auch ein Schatten auf die Feierlichkeiten: die ACK und ihre Geschäftsstelle, die Ökumenische Centrale in Frankfurt am Main, seien hinsichtlich Finanzierung und Personalbesetzung in einer äußerst schwierigen Lage, welche die Handlungsfähigkeit in einem existentiellen Maße einschränke. Finanziert werde die ACK durch Beiträge aller Kirchen. Die beiden größten Beitraggeber, die EKD und die römisch-katholische Kirche, hätten jedoch ihre Zuwendungen aufgrund von Sparmaßnahmen in erheblichem Maße verringert.

Landesbischof Friedrich Weber (Wolfenbüttel), Vorsitzender der ACK Deutschland, betonte, dass die Evangelische Kirche in Deutschland die Zusammenarbeit mit der ACK brauche. Daher müsse die ACK auch in finanzieller Hinsicht wieder gefestigt werden. Ähnlich äußerte sich Bischof Gerhard Ludwig Müller (Regensburg) für die römisch-katholische Deutsche Bischofskonferenz. Es gehe darum, die ACK personell wieder stärker auszustatten.

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen wurde am 10. März 1948 in Kassel gegründet. Das geschah noch vor der Gründung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) am 23. August 1948, damit die Kirchen Deutschlands bei der anstehenden Vollversammlung des ÖRK in Amsterdam mit einer Delegation gemeinsam auftreten konnten. Gründungsmit-

glieder der ACK waren 1948 die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (Baptisten), die Vereinigung der deutschen Mennonitengemeinden, das Katholische Bistum der Alt-Katholiken, außerdem die Methodistenkirche in Deutschland und die Evangelische Gemeinschaft in Deutschland, die sich später zur Evangelisch-methodistischen Kirche zusammenschlossen. Der Bund Freier evangelischer Gemeinden gehört seit 1948 der ACK als Gastmitglied an. Erster Vorsitzender der ACK war Pfarrer Martin Niemöller.

1970 teilte sich die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in die ACK (West) und die AGCK (Ost). Im Westen wurden 1974 die römisch-katholische Kirche und die Griechisch-Orthodoxe Metropole Mitglieder. Nach der Wiedervereinigung erfolgte 1991 die Neugründung der ACK in Deutschland. Inzwischen gehören ihr 20 Kirchen (16 Mitglieder und vier Gastmitglieder) und drei Beobachter an. Außerdem gibt es in der Bundesrepublik 14 regionale und 250 lokale ACKs. (3.015 Zeichen)

100 Jahre Gebetswoche für die Einheit der Christen

Mainz, 29.01.2008/APD Die „Gebetswoche für die Einheit der Christen“ 2008 steht im Zeichen eines doppelten Jubiläums. Vor hundert Jahren wurde auf Initiative des anglikanischen Pfarrers und Begründers der späteren katholischen Ordensgemeinschaft der Society of the Atonement in Graymoor (Garrison/New York), Paul Wattson, die erste Gebetsoktav für die Einheit der Christen durchgeführt. Sie breitete sich vornehmlich in der römisch-katholischen Kirche aus und ist neben Gebetsinitiativen aus dem Bereich der Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung (Faith and Order) eine der Wurzeln der heutigen ökumenischen Gebetswoche.

Seit vierzig Jahren werden die Themen und Texte von einer gemeinsamen internationalen Arbeitsgruppe von Vertretern des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen und des Ökumenischen Rates der Kirchen erarbeitet. 1968 erschienen sie das erste Mal. Mittlerweile ist die Gebetswoche für viele Gemeinden zu einem festen Bestandteil geworden. Sie wird jährlich vom 18.-25. Januar oder zwischen Christi Himmelfahrt und Pfingsten (1.-12. Mai 2008) beziehungsweise einem anderen, von den örtlichen Gemeinden selbst gewählten Termin begangen. An ihr beteiligen sich Christinnen und Christen in vielen Ländern und aus unterschiedlichen Konfessionen. Als Vorlage dient ein Entwurf, der jedes Jahr aus einem anderen Land stammt und ein biblisches Leitthema in den Mittelpunkt stellt.

Am 18. Januar wurde in einem Festgottesdienst im Dom zu Mainz bundesweit die „Gebetswoche für die Einheit der Christen“ 2008 eröffnet. An dem Gottesdienst wirkten Kardinal

Lehmann und der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), Landesbischof Dr. Friedrich Weber, EKD und Vorsitzender der ACK, Generalsekretärin Regina Claas (freikirchlich), Bischof Gerhard Ludwig Müller (römisch-katholisch), Erzpriester Constantin Miron (orthodox) und Bischof Hans-Jörg Voigt (selbständig-lutherisch), mit.

In diesem Jahr steht die Gebetswoche unter dem biblischen Leitwort „Betet ohne Unterlass“ (1. Thessalonicherbrief 5, 13b-18). „Mit diesem Motto wird das doppelte Jubiläum im besonderen Maße gewürdigt und auf die lange Tradition des gemeinsamen Gebetes verwiesen“, betonte die Geschäftsführerin der ACK Deutschland, Pfarrerin Barbara Rudolph (Frankfurt/Main). (2.037 Zeichen)

Ökumenischer Fürbittekalender erschienen

Mainz, 29.01.2008/APD Pünktlich zum 100-jährigen Jubiläum der „Gebetswoche für die Einheit der Christen“ erschien die dritte Auflage des Ökumenischen Fürbittekalenders „In Gottes Hand“, dessen englische Originalausgabe vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) herausgegeben wurde. Auf rund 600 Seiten sind Gebete aus fast allen Ländern der Erde zusammengefasst, angereichert mit Länderinformationen, statistischen Angaben und Karten (Verlag Otto Lembeck, Bonifatiusverlag, 19,80 EUR). Beteiligt haben sich an der Herausgabe auch die Hilfswerke „Brot-für-die-Welt“ und „Misereor“. Beide feiern in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen. (589 Zeichen)

Umfrage: Bevölkerung gegen embryonale Stammzellforschung

Berlin, 29.01.2008/APD Rund zwei Drittel der Bundesbürger (65,2 Prozent) halten es für „richtig“, dass in Deutschland „keine menschlichen Embryonen zu Forschungszwecken erzeugt und zerstört werden“ dürfen. Eine Mehrheit der Deutschen (61 Prozent) will, dass sich Wissenschaftler auf die Forschung mit adulten Stammzellen und aus Hautzellen reprogrammierten Zellen (ips-Zellen) konzentrieren. Nur 26,9 Prozent der Befragten befürworten, dass außer an adulten auch mit menschlichen embryonalen Stammzellen geforscht werden kann. Das sind die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest Anfang Januar im Auftrag des Bundesverbandes Lebensrecht (BVL) durchgeführt hat und die in Berlin vorgestellt wurden.

Bisher ist in Deutschland die Forschung nur an embryonalen Stammzellen erlaubt, die vor dem 1. Januar 2002 im Ausland gewonnen wurden (Stichtagsregelung). Es gibt jedoch Bestrebungen, diesen Stichtag zu verschieben. Noch vor der Osterpause will der Bundestag über eine mögliche Revision des Stammzellgesetzes beraten. „Jeder, der jetzt noch für eine

Verlegung des Stichtags im Stammzellgesetz eintritt, muss sich darüber im Klaren sein, dass er Politik gegen die große Mehrheit der Bevölkerung macht“, betonte die Vorsitzende des Bundesverbandes Lebensrecht, Dr. med. Claudia Kaminski. Die Ergebnisse der TNS-Infratest Umfrage sprechen aus Sicht des BVL eine unmissverständliche Sprache: Eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wolle keine wie auch immer geartete Aufweichung des Embryonenschutzes in Deutschland, sondern überhaupt keine Forschung an Stammzellen, für die menschliche Embryonen getötet werden müssten.

Der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb, meinte zu dem Umfrageergebnis: „Die embryonale Stammzellforschung ist weder richtig noch wichtig. Darum ist auch eine Verschiebung des Stichtags im Stammzellgesetz dem Menschenschutz abträglich und abzulehnen.“ Er dankte der römisch-katholischen Kirche für ihre konsequente Haltung zum Lebensschutz und verwies darauf, dass entgegen dem Plädoyer des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Wolfgang Huber, eine Reihe von evangelischen Bischöfen und leitende kirchliche Verantwortungsträger eine Verschiebung des Stichtags ebenfalls ablehnten. (2.069 Zeichen)

Konfessionskundliches Institut kehrt an Ursprungsort zurück

Bensheim, 29.01.2008/APD Zwar sei die eigene Tradition wichtig, doch die Wahrnehmung von Differenzen dürfe nicht zur Abgrenzung von Christen mit anderen Traditionen führen, betonte der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Wolfgang Huber, im Festgottesdienst zur Schlüsselübergabe für das neue Dienstgebäude des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim. Im Miteinander sei wechselseitiger Respekt notwendig. Huber bezeichnete das Konfessionskundliche Institut als „Kompetenzzentrum“ der evangelischen Kirche im Umgang mit anderen Kirchen und Freikirchen. Er erinnerte an das Wort des früheren Institutsleiters Jörg Haustein: „Konfessionskunde heißt: Den Nächsten kennen wie sich selbst.“

Das Konfessionskundliche Institut wurde 1947 in der historischen „Villa Brunnengräber“ in Bensheim von Professor Wolfgang Sucker, dem zweiten hessisch-nassauischen Kirchenpräsidenten, mit drei Angestellten gegründet. Die Zahl der Mitarbeitenden wuchs auch infolge der neuen ökumenischen Fragestellungen durch das Zweite Vatikanische Konzil rasch an. Zwischen 1967 und 2007 arbeitete das Institut in einem funktionalen Neubau der Bensheimer Weststadt. Jetzt zog es an seinen alten Wirkungsort in das mittlerweile nach seinem Gründer benannte „Wolfgang-Sucker-Haus“ an der Ernst-Ludwig-Straße. Die 1905 errichtete Villa wurde in eineinhalb Jahren durch den Bensheimer Architekten Jürgen Kling umgebaut.

Das breite Themenspektrum der Ökumene, der Konfessionen und Kirchen bearbeitet das Konfessionskundliche Institut durch die Referate Catholica, Freikirchen, Ostkirchen und Ökumene. Weitere externe theologische Referenten betreuen die Themen Anglikanismus, Pfingstbewegung, Moraltheologie, Kirchen im Heiligen Land, „Healing of Memories“ (Versöhnung durch Aufarbeitung der Vergangenheit) und Europa. Die Bibliothek umfasst über 50.000 Bücher sowie rund 300 Zeitschriften und Pressedienste. Im neuen Dienstgebäude sind neben dem Konfessionskundlichen Institut weitere Einrichtungen unter einem Dach vereinigt: der Evangelische Bund, die Stiftung Bekennen und Versöhnen, der Evangelische Bund Hessen und Nassau sowie das Projekt „Healing of Memories“. Die Arbeit des Konfessionskundlichen Instituts wird durch die Evangelische Kirche in Deutschland, den Evangelischen Bund und die Landeskirchen von Baden, Hessen und Nassau sowie der Pfalz finanziert. Weitere Informationen sind im Internet unter www.ki-bensheim.de zu finden.

(2.195 Zeichen)

Arbeitsverweigerung am Sonntag führt nicht zwangsläufig zur Kündigung

Hamm, 29.01.2008/APD Weigert sich ein Arbeitnehmer aus religiösen Gründen am Sonntag zu arbeiten, rechtfertigt das nicht zwingend die Kündigung des Arbeitsverhältnisses. Darauf machte der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) in seinem Informationsdienst aufmerksam. Eine Kündigung ist laut einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamm unzulässig, wenn der Arbeitgeber den Arbeitnehmer, ohne dass dies mit konkreten Betriebsstörungen verbunden wäre, durch geänderte Schichtenteilung oder Versetzung in eine andere Abteilung, von der Sonntagsarbeit befreien kann (Aktenzeichen: 15 Sa 271/07).

Der Kläger ist seit 1994 als Pressemitarbeiter bei einem Unternehmen tätig, das etwa 2.000 Arbeitnehmer beschäftigt. Ursprünglich wurde im Betrieb jeweils dreischichtig von montags bis samstags gearbeitet. Mit Bewilligung der Bezirksregierung führte die Firma in der Zeit von April bis Dezember 2006 in einigen Abteilungen Sonn- und Feiertagsarbeit ein. Anfang Juli 2006 erklärte der Kläger, er werde künftig nicht mehr sonntags arbeiten. Dabei berief er sich auf seine Glaubensfreiheit und erklärte, seine religiöse Überzeugung als Baptist ließe es nicht zu, dass er am Sonntag arbeite. Die Unternehmensleitung teilte den Kläger trotzdem für Sonntagsschichten ein. Nachdem der Kläger nicht zum Sonntagsdienst erschien, erhielt er eine Abmahnung und nach wiederholtem Nichterscheinen eine ordentliche verhaltensbedingte Kündigung. Die hiergegen gerichtete Kündigungsschutzklage hatte schon vor dem Arbeitsgericht Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht entschied, dass die Firma im Rahmen ihres Weisungsrechts grundsätzlich berechtigt sei, den Kläger zur Sonntagsarbeit heranzuziehen. Das Weisungsrecht der Beklagten kollidiere aber mit dem Grundrecht des Klägers auf Glaubens- und

Bekennnisfreiheit gemäß Artikel 4 Absatz 1 Grundgesetz. Das Unternehmen wäre daher verpflichtet gewesen, vor Ausspruch der Kündigung zu prüfen, ob eine andere Schichtenteilung oder eine Versetzung in eine andere Abteilung möglich sei, bei welcher der Kläger nicht am Sonntag arbeiten müsste. Das sei im Streitfall jedoch nicht erfolgt.

(1.190 Zeichen)

Aus dem „Kriegsruf“ wurde das „Heilsarmee-Magazin“

Köln, 29.01.2008/APD Die Heilsarmee in Deutschland hat ihre Zeitschrift von „Kriegsruf“ in „Heilsarmee-Magazin“ umbenannt. Die Publikation erschien mit dem neuen Titel erstmals am 5. Januar 2008. Die vor 121 Jahren gegründete Zeitschrift trug ursprünglich den Namen „Heilsruf“, bekam dann aber die Bezeichnung „Kriegsruf“, um den durch Gottes Liebe motivierten biblischen Kampf der Heilsarmee gegen das Böse und Unrecht in der Welt auszudrücken. Andererseits gab dieser Titel häufig Anlass zu Diskussion und Ablehnung. Mitarbeiter der Heilsarmee wurden immer wieder mit der Aussage konfrontiert: „Krieg, nein danke! Damit wollen wir nichts zu tun haben.“ Durch die Umbenennung erhofft sich die Freikirche, dass mehr Menschen ohne Vorbehalt das Magazin in die Hand nehmen und dadurch auf Jesus Christus und den Glauben an ihn hingewiesen werden.

Die Heilsarmee zählt in Deutschland rund 4.000 Mitglieder, 46 Korps (Gemeinden) und 42 soziale Einrichtungen. Geleitet wird sie in der Bundesrepublik seit Mitte 2005 von Horst und Helga Charlet. Beide waren als Ehepaar Heilsarmee-Offiziere im Rang eines Oberst, wurden aber kürzlich zum Kommandeur befördert. Das ist der höchste Rang innerhalb der Heilsarmee. Darüber gibt es nur noch den „General“ als weltweiten Leiter der Freikirche. Die Heilsarmee arbeitet in 113 Ländern. Sie zählt weltweit rund drei Millionen Mitglieder, darunter 1.062.453 Heilssoldaten und 25.966 Offiziere (Pastoren). Die Heilsarmee leistet weltweit in zahlreichen Gemeinden und Sozialeinrichtungen eine umfangreiche seelsorgerliche und soziale Arbeit. Weitere Informationen sind im Internet unter www.heilsarmee.de zu finden.

(1.463 Zeichen)

Christliche Publizisten zeichnen EKD-Ratsvorsitzenden aus

Niederstein bei Kassel, 29.01.2008/APD Der Arbeitskreis Christlicher Publizisten (ACP) hat den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Wolfgang Huber, mit einer „Respektzuweisung“ ausgezeichnet. Wie der Vorsitzende des ACP, Heinz Matthias (Niederstein), mitteilte, habe der Ratsvorsitzende in den letzten Jahren die Bedeutung von Mission und Evangelisation erkannt und seine Mitarbeiter dazu aufgefordert, zum Kern des kirchlichen Auftrags zurückzukehren. Der ACP hatte auch schon zuvor Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im In- und Ausland für ihr Bekenntnis zum christlichen Glauben geehrt.

(608 Zeichen)

International

Adventisten rufen zur Versöhnung in Kenia auf

Silver Spring, Maryland/USA, 29.01.2008/APD Pastor Matthew Bediako (Silver Spring, Maryland/USA), Generalsekretär der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten, hat an die politisch Verantwortlichen, die Leiter der Religionsgemeinschaften und die Stammesführer in Kenia appelliert, „zusammenzukommen, um einen Weg zur Versöhnung zu finden“. Gewalt führe nur zu Opfern, von denen viele unschuldige Kinder seien, betonte Bediako in einer Fernsehansprache im kircheneigenen „Hope Channel“. „Als christliche Kirche appellieren wir an alle Kenianer, Solidarität zu schätzen und die biblischen Prinzipien des Friedensstiftens, der Vergebung und der Versöhnung über die Stammeszugehörigkeit zu stellen.“ Der aus Ghana stammende Generalsekretär forderte die adventistischen Kirchenleiter und -mitglieder trotz unterschiedlicher Stammeszugehörigkeit auf, „ein Beispiel der Einigkeit“ zu sein.

Nach Ausbruch der Unruhen aufgrund der Präsidentschaftswahlen war die Baraton Universität der Siebenten-Tags-Adventisten in Eldoret/Kenia von einem Mob belagert worden, so dass sich etwa 400 Angehörige des Kikuyu-Stammes sowie Ausländer unter den Studenten und Hochschulmitarbeitern nicht mehr sicher fühlten. Sie konnten von der Polizei evakuiert werden. Daraufhin wurde die Universität zehn Tage lang geschlossen. Inzwischen haben wieder 500 Studenten ihr Studium aufgenommen. Der stellvertretende Kanzler, Nathaniel Walemba, rechnet damit, dass in den nächsten Wochen weitere 1.100 Studierende an die Ausbildungsstätte zurückkehren werden. An der Baraton Universität waren rund 2.300 Studenten in Biologie, Betriebswirtschaft, Technologie, Mathematik, Physik, Geografie, Geschichte, Sprachen, Krankenpflege, Soziologie und Theologie eingeschrieben.

In Kenia leben über 583.000 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 3.564 Gemeinden, die von 255 Pastoren betreut werden. Außer der Universität unterhält die dortige Freikirche eine pädagogische Hochschule, vier Gymnasien, drei Mittelschulen, 18 Grundschulen, zwei Krankenhäuser, 39 Kliniken und ein Verlagshaus. (1.854 Zeichen)

Verfeindete Stämme wollen Regierung Waffen verkaufen

Goroko/Papua-Neuguinea, 29.01.2008/APD Zwei verfeindete Stämme im Kainatu Distrikt des östlichen Hochlandes von Papua-Neuguinea wollen miteinander Frieden schließen und haben die Regierung zum Kauf ihrer Schusswaffen aufgefordert. Der blutige Konflikt zwischen den Fomu und Ifo Stämmen begann 1996 und forderte über 500 Menschenle-

ben. Auch Häuser und Felder einschließlich Kaffeeplantagen wurden zerstört. 2004 gelang es der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die kriegerischen Parteien zu einem Waffenstillstand zu bewegen. Adventistische Geistliche konnten im letzten Jahr die Stammesführer überzeugen, mit Friedensverhandlungen zu beginnen.

Laut dem Häuptling des Fomu Stammes, Brimsy Tognave, sollte bei einem „dauerhaften Frieden“ die Regierung die Schusswaffen der beiden Stämme aufkaufen. Die Clans seien hochgerüstet und verfügten unter anderem über halbautomatische SLR-, M16-, SK-5 und AR-15-Gewehre. Beide Stämme hätten Verhandlungen aufgenommen, um bald eine traditionelle Friedenszeremonie durchzuführen, damit der Kampf beendet werden könne. Die adventistische Kirche habe in diesem Friedensprozess eine wichtige Rolle gespielt, „während die Regierung bisher absolut nichts in dieser Hinsicht unternommen hat“, beklagte Tognave.

Seit dem Waffenstillstand hätten die Menschen begonnen, ihre zerstörten Häuser wieder aufzubauen und neue Felder anzulegen. Wenn die Regierung die Gewehre aufkaufe, könnte das Geld für den Wiederaufbau verwendet werden. Die Regierung sollte außerdem die wirtschaftliche Entwicklung der Region durch Verbesserung der Infrastruktur fördern, um den Frieden zwischen den Fomu und Ifo zu stabilisieren. (1.483 Zeichen)

Wächter bei Einbruch in adventistisches Hilfswerk getötet

Maputo/Mosambik, 29.01.2008/APD Bei einem Einbruch in das Lagerhaus der privaten adventistischen Laienorganisation „Maranatha Volunteers International“ in Maputo/Mosambik wurde der Wächter Adrian Chissano getötet. Er war Mitglied der Ximadjane Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der Hauptstadt und hinterlässt seine Ehefrau und sechs Kinder. Die Diebe entwendeten einen Lastwagen samt Baumaterialien. Das in Sacramento, Kalifornien/USA ansässige private Hilfswerk wurde 1969 zum Bau adventistischer Kirchen gegründet. „Wir sind sehr traurig über diesen schrecklichen Vorfall und werden sehen, wie wir der Familie von Chissano helfen können“, sagte der Präsident von „Maranatha Volunteers International“, Don Noble. Künftig werde ein professioneller Sicherheitsdienst für die Bewachung des Lagerhauses sorgen.

Die Hilfsorganisation plant, in den nächsten vier Jahren in Mosambik 1.001 Kirchen und acht Schulen im Wert von 30 Millionen US-Dollar (20,4 Millionen Euro) für die dortigen Adventisten zu errichten. Bei Bedarf sollen auch Brunnen gebohrt werden, um die Trinkwasserversorgung der Gebäude sicherzustellen. An dem Projekt würden sich Tausende Freiwillige beteiligen, für deren Unterkunft und Verpflegung die Adventisten vor Ort sorgten, teilte Noble mit. Die Reisekosten trügen die Helfer selbst. Die Gemeindemitglieder in

Mosambik seien meist zu arm, um eine Kirche selbst finanzieren zu können. Allerdings würden sie sich um ein geeignetes Grundstück und die Inneneinrichtung kümmern. In dem afrikanischen Land leben 217.000 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 976 Gemeinden. Die dortige Freikirche unterhält ein theologisches Seminar, zwei Grundschulen, zwei Kliniken und ein Verlagshaus. (1.546 Zeichen)

Adventist Richter am Internationalen Strafgerichtshof

Den Haag/Niederlande, 29.01.2008/APD Der aus Uganda stammende Rechtsgelehrte, Professor Dr. Daniel D. Ntanda Nsereko, ist zusammen mit dem Franzosen Bruno Cotte und der Japanerin Fumiko Saiga, als Richter an den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) Den Haag berufen worden. Die ugandische Regierung hatte den Siebenten-Tags-Adventisten für dieses Amt vorgeschlagen, und die Afrikanische Union unterstützte seine Nominierung.

Nsereko hat seit 1996 den Lehrstuhl für Recht an der Universität von Botswana inne. Er studierte in Dar es Salaam/Tansania, Washington, Den Haag und New York. Er war Anwalt in Kampala/Uganda sowie Dozent an Universitäten in Uganda, Kanada und Botswana. Der Jurist arbeitete auch als Berater der Abteilung für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege (Crime Prevention and Criminal Justice Branch) der Vereinten Nationen in New York. Er hielt unter anderem Gastvorlesungen in Salzburg, Kapstadt und Den Haag. In seinen Veröffentlichungen befasste sich Nsereko mit internationalem und nationalem Strafrecht sowie mit den Menschenrechten.

Der Internationale Strafgerichtshof (ICC) mit Sitz in Den Haag wurde 1998 in Rom gegründet. Sein Statut trat 2002 in Kraft, und die ersten der insgesamt 18 Richter wurden 2003 vereidigt. 105 Staaten haben das Statut des ICC ratifiziert, 37 weitere es unterzeichnet aber noch nicht ratifiziert. Der internationale Gerichtshof ist für die strafrechtliche Verfolgung der sogenannten Kernverbrechen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zuständig. Er kann sich eines Falles annehmen, wenn dieser vom UN-Sicherheitsrat überwiesen wurde oder wenn ein Staat ihm einen Fall überträgt. (1.493 Zeichen)

Gewissenskonflikt für Adventisten und Juden in Nevada

Carson City, Nevada/USA, 29.01.2008/APD Amerikanische Adventisten und Juden standen am Samstag, dem 19. Januar 2008, vor der Entscheidung, sich an den Vorwahlen und Wahlversammlungen (Caucuses) im US-Glückspieler-Staat Nevada zu beteiligen oder zum Gottesdienst in ihre Adventgemeinde beziehungsweise in die Synagoge zu gehen. Diese Überschneidung habe dazu geführt, dass Siebenten-Tags-Adventisten und orthodoxe

Juden benachteiligt wurden, meinte James Standish, stellvertretender Direktor für Religionsfreiheit der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung). In Nevada gibt es 5.000 Adventisten und 60.000 Juden.

Die Kandidaten erhofften sich durch einen Sieg zusätzlichen Auftrieb für den „Super Tuesday“ am 5. Februar. Dann wird in über 20 Bundesstaaten abgestimmt. Bislang spielte der seit Jahren boomende und rasant wachsende Wüstenstaat, in dem etwa 2,5 Millionen Menschen leben, bei den Vorwahlen kaum eine Rolle. (860 Zeichen)

Grundrecht der Militärdienstverweigerung in Europa garantiert

Brüssel/Belgien, 29.01.2008/APD Am 12. Dezember 2007 hat das Europäische Parlament in Straßburg das Inkrafttreten der Grundrechte-Charta gewürdigt. Ergänzend zur Charta, die insgesamt 50 Grundrechte enthält, hebt der Vorsitzende des Verfassungsausschusses im Europaparlament, Jo Leinen, das Grundrecht der Militärdienstverweigerung hervor. Dadurch werde der völkerrechtliche und friedensethische Aspekt der Charta in der Europäischen Union deutlich.

Artikel 10 gewährleistet die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, dessen Absatz 2 die Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen enthält. Vor dem Hintergrund der Gewalt durch Kriege und Menschenrechtsverletzungen, die Europa im 20. Jahrhundert noch weithin geprägt hätten, komme es im Europa des 21. Jahrhunderts zunehmend darauf an, zivile Konfliktbearbeitung zu stärken, betonte Leinen. Die Europäische Union habe in vielen Dokumenten und Verträgen kriegerischer Gewalt eine Absage erteilt, und Bedingungen geschaffen, in denen Menschen- und Grundrechte durchgesetzt und geschützt würden.

Der Grundrechtesschutz, den die Europäische Menschenrechtskonvention bereits bisher geboten habe, werde mit der Charta der Grundrechte für die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nun aktualisiert und erweitert. Die Unterzeichnung des EU-Reformvertrages in Lissabon sei ein zusätzlicher wichtiger Schritt auf dem Weg, fortschrittliche Standards für Menschen- und Grundrechte in allen Staaten Europas zu erreichen.

Seit 1967 habe sich die Parlamentarische Versammlung des Europarats, seit 1983 auch das Europäische Parlament immer wieder mit dem Menschenrecht der Gewissensfreiheit zur Militärdienstverweigerung beschäftigt, gab Leinen zu bedenken. Mit Artikel 10 Absatz 2 sei das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen als Bestandteil der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit erstmals in einem europäischen Vertrag festgeschrieben worden. „Die Charta der Grundrechte in der EU ist die erste völkerrechtlich verbindliche

Kodifizierung auf dem Gebiet der Menschenrechte, die das Recht zur Kriegsdienstverweigerung als Bestandteil der Gewissensfreiheit ausdrücklich anerkennt“, unterstrich Leinen.

Vor dem Hintergrund, dass zurzeit immer noch zehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Union an einer Pflicht zum Militärdienst festhielten, sei das nicht selbstverständlich. Bedauerlich sei außerdem, dass noch nicht in der gesamten Europäischen Union freiheitliche gesetzliche Regelungen für Militärdienstverweigerer bestünden. Griechenland wäre solch ein viel gerügtes Beispiel. Aber auch in den übrigen Staaten mit Freiwilligenarmeen erwachse aus der Grundrechte-Charta die Pflicht, ihren Soldatinnen und Soldaten das Recht zur Verweigerung des Militärdienstes einzuräumen. „Weil jede Soldatin und jeder Soldat dem eigenen Gewissen verantwortlich sind und bleiben, muss die Gewissensfreiheit auch in bestimmten Konfliktsituationen und Einsätzen gewährleistet sein. Diese Möglichkeit ist ebenfalls gesetzlich anzuerkennen und freiheitlich zu regeln“, fordert der Vorsitzende des Verfassungsausschusses im Europaparlament, Jo Leinen. (2.771 Zeichen)

ADRA - Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

Schutz der Umwelt durch Brunnen, Strohballenhäuser und Latrinen

Lüneburg, 29.01.2008/APD Da die armen Länder am meisten unter den Folgen der Umweltbelastung und des Klimawandels zu leiden hätten, spiele der Umweltschutz bei den Hilfsorganisationen eine immer größere Rolle, schrieb Heinz-Hartmut Wilfert (Weiterstadt bei Darmstadt), Pressesprecher der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, in einem Artikel der Gemeindezeitschrift der deutschsprachigen Siebenten-Tags-Adventisten „Adventecho“. Schon in ihrem Gründungsjahr 1987 habe ADRA Deutschland Biogas-Anlagen in Bergdörfern Nepals eingerichtet. „Die Nutzung der Gase aus einer hauseigenen Faulgrube hilft heute Tausenden von Haushalten beim Kochen und Heizen. Dabei werden die Wälder vor Abholzung bewahrt, die Gewässer sauber gehalten und die Natur vor Verschmutzung geschützt.“ Diese Technik habe ADRA nicht nur in Nepal, sondern unter anderem auch in Nordkorea eingesetzt.

In Gegenden Chinas und der Mongolei, wo es im Winter sehr kalt ist, bestehe Bedarf an Energie sparenden Häusern, die auch bezahlbar seien. Laut Wilfert favorisiere dort ADRA die Technik der „Strohballenhäuser“. Stroh, ein jährlich nachwachsender Rohstoff, könne gestapelt, gepresst und geschnitten werden, so dass er die Form eines großen Ziegelsteins erhalte. Die dazu notwendigen Geräte seien einfach herzustellen und zu bedienen. Die Menschen könnten ihr Haus ohne teure Fachleute kostengünstig selbst errichten. „Das

Gebäude ist stabil und kann selbst in der einfachsten Konstruktion noch eine zweite Etage tragen.“ Die Wärmedämmung sei hervorragend, so dass gegenüber sonst üblichen Häusern bis zu 80 Prozent an Heizkosten eingespart werden könnten. Vor allem in der Mongolei erweise sich die Schnelligkeit dieser Bauweise als sehr vorteilhaft, denn nach der Erntezeit breche schon bald die kalte Jahreszeit an, „und dann müssen die Häuser fertiggestellt sein“.

„In Somalia hat ADRA über hundert Brunnen gebohrt oder versiegende Brunnen wieder instand gesetzt“, berichtete Wilfert. Jede dieser Wasserstellen habe eine tiefgreifende Auswirkung auf die Menschen und ihr Vieh, das für sie die Lebensgrundlage darstelle. Wenn der Brunnen zuverlässig Wasser liefere, müsse der Nomade nicht mehr weiterziehen, denn die Suche nach Trinkwasser sei ein wesentlicher Grund für die Wanderungen. Werde der Nomade sesshaft, beginne er bald, sich einen Garten oder ein kleines Feld anzulegen. Kriege um Wasserstellen und Weidegründe würden seltener. ADRA habe im Laufe der Jahre großflächige Bewässerungsanlagen gebaut. Dadurch seien die Somalis heute in der Lage, ausgedehnte Felder zu bebauen. Wasserstraßen von sechs Metern Tiefe und acht Metern Breite durchzögen die Anbauflächen mit einer Länge von etwa 80 Kilometern. Diese Kanäle seien schiffbar und dienten dem Abtransport der Ernteerträge. „Aus der Wüste ist Agrarland geworden. Das Kleinklima hat sich positiv verändert und kann zur Grundlage für eine weitere Stärkung von Flora und Fauna an diesem Ort werden.“

Wiederaufforstungen sorgten dafür, dass der Wasserhaushalt der Natur wieder in Ordnung komme. „In Mosambik hat ADRA den Anbau und die Nutzung der dort schon beinahe ausgestorbenen Cashewnuss-Bäume nach intensiver Erforschung ihrer Erkrankung wieder möglich gemacht“, schreibt Wilfert. Die Anpflanzung von Obstbäumen und Feldfrüchten mit abgestimmter Fruchtfolge hätten der Bevölkerung eine sichere Ernährung gebracht. Durch den Verkauf der Überproduktion erzielten sie das notwendige Einkommen zur Stabilisierung ihrer Lebenssituation. „In Kenia befestigte ADRA Wanderdünen durch die Anpflanzung von Bäumen. So soll die Ausbreitung der Wüste gestoppt werden.“

Mit der Einrichtung von Tausenden von Latrinen würde für Hygiene und die Gesundheit der Menschen vor allem nach Katastrophen gesorgt. Dadurch leiste ADRA einen erheblichen Beitrag zum Gewässerschutz, denn traditionell seien Flüsse in den Entwicklungsländern nichts anderes als Kloaken. Die meisten Erkrankungen entstammten dem Wasser.

Wiefert rechnet damit, dass sich die Aufgabenstellung von ADRA weiter verändert. Er betont: „Wir dürfen nicht plötzlich eintretenden Katastrophen wie ‚Feuerwehrlaute‘ hinterherlaufen.“ Es gelte, Gefahren rechtzeitig zu erkennen, schnell für den Einsatz bereit zu

sein, professionelle Hilfe zu bringen und Maßnahmen zur Katastrophen-Vorbeugung zu ergreifen. (3.783 Zeichen)

Hilfe für von Unruhen betroffene Kenianer

Nairobi/Kenia, 29.01.2008/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA hat in Kenia in den Provinzen Nairobi, Rift Valley und Nyanza an rund 15.000 von den Unruhen nach den Präsidentschaftswahlen betroffene Familien Nahrungsmittel und Trinkwasser verteilt. Außerdem erhielten sie Öfen, Holzkohle, Kochtöpfe, Hygienartikel, Kleidung, Decken, Moskitonetze und Wasserreinigungstabletten. Kranke und traumatisierte Menschen werden behandelt. ADRA arbeitet bei den Hilfsmaßnahmen unter anderem mit dem Kenianischen Roten Kreuz, mit „Food for the Hungry International“ und dem Catholic Relief Service zusammen. In Kenia sollen über eine halbe Million Menschen aus Angst vor Übergriffen ihre Häuser verlassen haben und mehr als 1.000 getötet worden sein.

(704 Zeichen)

Zelte für Notaufnahmelager in Mosambik

Maputo/Mosambik, 29.01.2008/APD Die Überschwemmungen in Zentral- und Süd-Mosambik haben 87.000 Menschen obdachlos gemacht, so dass sie in 89 Notaufnahmelagern Unterkunft fanden. Eines dieser Lager mit etwa 1.000 Insassen stattete die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA mit Zelten aus. Außerdem erhielt jede Familie drei Flaschen mit einer Flüssigkeit zur Reinigung von Trinkwasser. (386 Zeichen)

Rundfunk

Wieder Radio-Live-Sendungen bei der „Stimme der Hoffnung“

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 29.01.2008/APD Das Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein bietet unter dem Titel „Hope Channel aktuell“ wieder Live-Sendungen für Radiohörer an. Moderiert werden sie jeden Montagabend, 20 bis 22 Uhr, von Joachim Lippert. Die Hörer können sich per Telefon oder Chat an diesem Gespräch beteiligen, ihre Meinung sagen und mitdiskutieren.

„Hope Channel aktuell“ ist im Internet unter www.hopechannel.de oder über den Satelliten Eutelsat-Hotbird im TV-Kanal von „Hope Channel 2“ zu empfangen. Das Medienzentrum hatte früher am Mittwoch Live-Sendungen über Kurzwelle angeboten. Doch der Umzug der „Stimme der Hoffnung“ Anfang 2007 von Darmstadt nach Alsbach-Hähnlein und die notwendige Ausstattung des Studios durch Eigenbau machten eine längere Pause erforderlich. (780 Zeichen)